

Im Falle monatlich bei zweimaliger Zahlungen 3,00 Mark, vierteljährlich 6,00 Mark, durch die Post 6,00 Mark auswärts, Zustellungsgebühr. Einzelnnummer 15 Pf. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen. Im amtlichen Zeitungswesen ist unter Bezeichnung der Zeitung eingetragener. Für unentgeltlich eingehende Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Zeitung der Nationalversammlung“ gestattet. Ferner: der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abt. Nr. 1142 u. 1148, der Bezugs-Abt. Nr. 1153; Postfach-Konto Leipzig Nr. 4609.

Volks-Zeitung

Dreihundertfünzigster Jahrgang.

Nr. 315.

Halle, Mittwoch, den 9. Juli.

1919.

Erzbergers Finanzprogramm.

Die „Finanzreform“ in der Nationalversammlung. — Die schleichende Krise in der preussischen Regierung.

Deutsche Nationalversammlung.

50. Sitzung.

Weimar, 8. Juli.

Am Ministertische: Bauer, Erzberger. Präsident Feilerbach eröffnet die Sitzung kurz nach 2 Uhr.

Ein schleuniger Antrag der Abg. Frau Agnes und Gen. (U. S.) betreffend Einstellung des gegen den Abgeordneten Eickhorn (U. S.) beim Amtgericht Berlin I schwebenden Strafverfahrens für die Dauer der Sitzungsperiode der Nationalversammlung wird auf Antrag des Abg. Baurm (U. S.) an die Geschäftsordnungskommission verwiesen.

Es folgt die erste Beratung der Steuergesetze in Verbindung mit der Interpellation Auer und Gen. (Soj.) betreffend

Steuerliche Erfassung der Kriegsgewinne usw.

Zur Begründung der Gesetzesvorlagen ergreift das Wort

Reichsminister der Finanzen Erzberger:

Meine Damen und Herren!

Der Krieg ist der Verwalter der Finanzen. Des hinter uns liegende Weltkrieg ist der erfolgreichste Weltkrieg des Weltalters. Da ich die Ehre habe, das erste Mal als Reichsfinanzminister vor Ihnen zu sprechen, lese ich ein offenes Geständnis ab:

weimol nur in meinem politischen Leben bin ich erst worden,

das einmal, als gegen meine Erwartung und gegen vorherige Beobachtung der Reichsregierung am 8. November 1918 mich mit der Führung der Reichsfinanzverwaltung beauftragt; es war vormittags 12 Uhr und ebenfalls 12 Uhr wurde ich abgelöst mit unbedenktem Ziel und mit dem bindenden Auftrag, dem deutschen Volk den Waffenstillstand unter allen Umständen zu bringen. Den am nächsten schließlichen Erfolg erlebte ich am 21. Juni 1919, als der Reichspräsident in meiner großen Überzeugung mich aufzuforderte, das Reichsfinanzministerium zu übernehmen. Die Weisheit war kurz; ich mußte ja sagen.

In der schwersten Stunde des Deutschen Reiches habe ich so das schwerste Amt übernommen. Schwerer Bereich, aber in dem Bewußtsein, daß die Weisheit es mir gebot, zusätzlich aber auch in der Hoffnung, daß die Parteien, welche die heutige Regierung bilden, mich in der Erfüllung meiner Aufgabe unterstützen werden. Aber ich bitte auch die Mitarbeiter aller Parteien in diesem hohen Hause, die mit mir darin einig sind, daß es jetzt nur eine Aufgabe gibt: da zu tun, was alle Parteien ernstlich begehren: die Einheit zu sein; denn wir sind alle Söhne und Töchter eines gemeinsamen Vaterlandes.

Die erste Arbeit beim Wiederaufbau ist eine grundlegende Finanzreform. Diese Arbeit eilt. Der Frieden wird über zu rascher lang ein Sinken der Preise bringen.

Seine Rettung bringt der Staatsbankrott, denn Staatsbankrott ist heute Volkssanktion im Innern und nimmt Deutschland im Ausland jeden Kredit.

Deutschland aber braucht Kredit, viel Kredit. Die Notwendigkeit zur Annulierung der Kriegsanleihe oder Verwindung des allgemeinen Bankrotts mache ich nicht mit. Der Zinsdienst für unsere Kriegsanleihe muß getilgt werden. Die deutsche Kriegsanleihe ist von den besten Weltanleihen unterschieden. Von den 31 Millionen Gesamtzeichnungen entfallen nicht weniger als 5,3 auf Zeichnungen unter 5000 Mark. Diese 90 Prozent ergaben 25 Milliarden Mark, und ein Viertel der Gesamtzeichnungen. Über den 25 Milliarden Mark, welche die kleinen Zeichner aufgebracht haben, haben die Staatlichen Kreditanstalten, die dem Vaterland in der höchsten Not geholfen haben. Die Arbeiter und Kriegsgewinnerte, die die Welt nicht in Kriegsanleihe angelegt haben, würden doppelt Vorteil haben. Eherne Pflicht ist es, die eigenen Kräfte dafür einzusetzen, daß der Zinsdienst der Kriegsanleihe getilgt werden kann. Steuerliche Begünstigungen kann ich für die Kriegsanleihe nicht in Aussicht stellen, wohl aber wird diese auch künftig bezogen werden bei Zahlungen anderer Steuern und beim Kauf von Staatsanleihen, für die Zeichner der Anleihe, nicht aber für Spekulationskäufer.

Gerechtigkeit im gesamten Steuermwesen

ist mein oberstes Ziel. Gerade Steuern stellen eine rasch wirkende vorzeitige Sozialisierung dar; sie treffen alle und haben eines voraus: die private Initiative bleibt bestehen, der benötigte Einkommen laßt nach höherer Einnahme. Der erste Lebensfuß wird aber zum erheblichen Teil wieder im Wege der Steuer für die Volksgemeinschaft abgenommen. Das Risiko Einkommen muß dabei eine erhebliche Vorkontingenz vor dem Einkommensverlust erleiden.

Ein guter Finanzminister ist der beste Sozialisierungsminister.

Solche Sozialisierung ist uns hinter. Schon vor dem Krieg war der Unterhalt in Deutschland zwischen dem Behältnis und den Bedürfnisse zu groß und wurde durch

sozialen Ungerechtigkeit. Der Grundfehler der Wirtschaftspolitik im Krieg läßt sich auf die kurze Formel bringen, daß man durch die allgemeine Wirtschaft die lebendigen Leiber mobil gemacht hat, daß aber die allgemeine Wirtschaft nicht machte vor dem Kapital und dem Weis.

Die Folgen dieser Ungerechtigkeit waren verhängnisvoll. Heberamtlicher Heroismus, unerlässliche Opfer an Leben und Gesundheit, übermenschliche Anstrengungen an die Arbeit, die Standschlichter und die Bestimmung an der einen Seite, lieberhafte Freiwilligkeit, Schicksalism, Luxus und Korruption an der anderen Seite. Hier liegt auch eine der Wurzeln der Vermögenslosigkeit und Wohllosigkeit der Wohnbevölkerung, mit denen zur Zeit der Weisland der Gesellschaft unterwirbt und dem Haus entgegengerührt wird. An Wahrungen hat es im Krieg nicht gefehlt. Im Juli 1917 hat der damalige Chef des Kriegsamts, General Groener, in eindringlichen Worten auf die furchtbaren Folgen jener Wirtschaftspolitik hingewiesen.

Der damalige Vizekanzler und leitendste aller Finanzminister, (Weisland wiederholte auf: Sehr richtig! links, Stirnfläche aufrechos: Mini, Mini! Großer Mann. Rechts: Zwillingen links: Klaus, Klaus! Diese Male gelten einem auf der rechten gehaltenen Weisstand, der unter dem Arm auf der Tribüne nicht hörbar geworden ist, den Redner aber veranlaßt, der Rechts zu zurufen: Neu ist mir, daß Sie im Parlamentarischen Reich auch der Schimpfworte bedienen.)

Gegen die Zerklüftung Preußens.

Ministerpräsident Hirsch gegen die Verschärfung des preussischen Staates.

WTB. Berlin, 8. Juli. (Drahtnachricht.) In einem längeren Briefwechsel gegen die Zerklüftung Preußens im Münchner-Wochenblatt führt Ministerpräsident Hirsch aus: Der Verfall Preußens wäre nur das Vorspiel für den Verfall des Reiches, und jede Möglichkeit zu einem Aufschwung werde in weite Ferne gerückt. Wer Preußen zerstückelt, der darf sich nicht wundern, wenn der Traum der Reichseinheit sich nicht erfüllt. Nicht im Sonderinteresse Preußens haben seine Vertreter sich gegen das Programm der Zerstückelung Preußens ausgesprochen, sondern, wie ein Redner im Aufsatz treffend hervorhob, vor allem, weil für das Reich die ungeschwächte Kraft Preußens notwendig ist. Deshalb sollte die Nationalversammlung noch im letzten Augenblick alle Verträge, die Bildung neuer Staaten zu erleichtern, von der Hand weisen, nicht im Interesse Preußens, sondern im Interesse des Deutschen Reiches, im Interesse der einheitlichen deutschen Republik.

Staatsminister Heflerich, hat dieser Tage von den internen Mächten der Zerklüftung gesprochen, die die Katastrophe des moralischen und nationalen Zusammenbruchs verschuldet haben. Er hat es unterlassen, hierbei jene antehilfen Wirtschaftspolitik der damaligen Regierung zu erwähnen, die dem Reich die einzigen willen sie beiführen sollte: die sich selbst hat und bereit für wirtschaftlichen Träger zu sein. Wir stehen am Abbruch des Reiches, und, wie wir hoffen, am Beginn des Wiederaufbaus der Nation. Wie wir

die innere Bilanz, so haben wir auf der einen Seite ethische und physische Verderungen und Vermittlungen an Mensch und Mensch, Kraft, an physischen und moralischen Werten, Bereicherung und Verelendung der mittleren und unteren Schichten, auf denen die Not des Krieges am drückendsten gelastet hat, und Kriegsgewinne, Kapitalverwertung des Kapitals, Reichtum, Luxus, Wohlleben und ungeschwächter Weis der arbeitslosen Teile der biedererwerbenden Bevölkerung. Die Notwendigkeit ist und wird sich nur aus dem Zusammenbruch der bisherigen Staats- und Wirtschaftsordnung als extreme Reaktion des verletzten Gesellschaftenstands der Volksmassen die wahnwitzige, alles zerstörende und

negierende Theorie des Bolschewismus. Das Scheitern gegen diese staatliche Kraft ist die auf so vieler Gerechtigkeit aufgebauete heilige Ordnung, welche den wahren Lebensinhalt des Reiches trägt und in ihrer Führung den Gehet der Stunde erfüllt. Die soziale Kraft auf nach Sozialisierung ist nur das Gäh der Überkapitalistischen Kriegswirtschaft.

Ein großes Stütz Sozialisierung ist allerdings bereits vollzogen worden. Das Stellen des Arbeitslohnes und das Halten des Wertes und die größte Sozialisierung, die im Weltkrieg. Der Kapitalist, der vor dem Krieg aus 100 000 Mark 600 000 Mark Jahreseinkommen zog und heute dieselbe Menge hat, hat sich schlichter da als der Telegraphenarbeiter, der vor dem Krieg 150 Mark Einkommen hatte und jetzt 7500 Mark davon bezieht. Das Geld des Kapitalvertrages und des Gehalts des Arbeiteres hat eine erhebliche Preisvermehrung erfahren. Die soziale Kraft ist nur das Gäh der Überkapitalistischen Kriegswirtschaft.

Die Steuerlast wird eine geradezu entsetzliche Höhe erreichen.

Meine Damen und Herren, wenn es auch nur ein magerer Trost ist, es ist doch immerhin ein solcher, wenn man im Blick behalten will, daß die Weisland, die uns nicht nur auf unserer Seite, sondern auch der Gegenseite (Gegensatz) längerer Aufstellungen über das ethische und

gehöte Vermögensabgabe sind die ersten einleitenden Schritte; andere werden folgen.

Der große Steuerjournale der Zukunft kann nur das einige Deutsche Reich sein, das in seiner Einheit und Geschlossenheit aus dem Kriegswirtschaftswandel zu retten, die vornehmste Aufgabe der jetzigen Regierung war und ist.

Die Erhaltung des Reiches war der Preis für die Unterzeichnung des entsetzlichen Pariser und Genfer Friedens. Dieses löbliche Gut müßte nicht, der deutsche Nationalstaat, muß leben und sich entwickeln können. Dazu braucht das Reich ein neues Entschieden der Steuerordnung. Drei Steuerablägern ist der deutsche Bürger gegenüber: Reich, Gliedstaat, Gemeinde. Vor dem Krieg erloß das Reich jährlich nicht ganz 2 Milliarden Steuern und Ausgaben, Einzelfaaten und Gemeinden etwa 3 Milliarden. Beim Friedensschlag ist das Mindestmaß der Einnahmen, das das Reich für eigene Bedürfnisse gebrauch: jährlich über 17 Milliarden. Die Einnahmen der Einzelfaaten und Gemeinden sind mit mindestens 6 Milliarden jährlich anzusetzen.

Der dies hier nur von dem Gesamteinkommen um 35 bis 40 Prozent für sich gebrauch, so jetzt mindestens 75 bis 75 Prozent. Die Einnahmen des Reiches müssen um 90 Prozent gesteigert werden, die der Einzelfaaten und Gemeinden um vielleicht 100 Prozent. Es muß eine Sache der sorgsamsten Überlegung und Abwägung sein, wie die Erhaltung der Gesamtheit der Steuern auf die verschiedenen öffentlichen Verbände zu verteilen sind. Viel eher als früher ist das finanzielle Verhältnis zwischen Reich und Gliedstaaten. Dem Reich und Einzelfaaten leben nach dem Friedensvertrag als gemeinsamem Verpflichtungen gegenüber. Eine ganz neue Konstellation des Verhältnisses der Reichs- und Staatssteuern ist nötig. Den ersten Schritt dazu ist die Verschärfung der Einkommensteuer, wobei in den Bestimmungen über die Zahlungsfähigkeit des Reichs auf dem Gebiete der Steuererhebung, negativ, indem sie die Beteiligungsverträge bezieht. Die Gesamtheit der Interessen von Reich, Gliedstaaten und Gemeinden wird es sich bringen, daß es eine einheitliche Steuerpolitik in Deutschland nicht mehr geben wird. Der deutsche Steuerzahler wird künftig keine Sorge mehr haben, auszurechnen, ob er mit Steuern billiger wegkommt, wenn er in Berlin, Braunschweig, Koblenz oder an anderen Orten wohnt.

Können wir den Arbeitsbedarf der Zukunft hinlänglich aufbringen? Der Bedarf des Reiches (soweit möglich) im:

a) Arbeitsbedarf, b) Wiederanbahnungen.

Die vorwichtigsten Jahresausgaben werden sich auf rund 17,5 Milliarden Mark belaufen.

Die Hauptsumme für die Wiederanbahnungen konnte trotz aller Bemühungen im Friedensvertrag nicht leicht gedeckt werden. Ich muß indes daran festhalten: wir müssen wissen, wie hoch die Gesamtsumme zur Zeit sein und die Gegenfrage, wie hoch die Jahresquote ist. In den kommenden Jahren werden wir Schwierigkeiten auszurufen und zu lösen, wie wir uns die Erfüllung unserer Verpflichtungen denken.

Angesichts dieser Verhältnisse wage ich kaum das Wort auszusprechen, mit dem ein Finanzminister aufstehen und zu Bett gehen muß, das Wort der Spararbeit. Ich bin sehr entsetzt, den

Weg der harten Sparsamkeit überall zu gehen. Darum habe ich schon die von meinem Herrn Finanzminister bereits vorbereitete Parole ausgesprochen, daß im Juli 1919 ab die neue Haushaltssatzung und Kriegslohn mehr gibt, daß die Kriegslohnwirtschaft aufhört und daß zur gedeckelten Staatswirtschaft zurückgekehrt werden muß. Der erste Schritt ist: keine unproduktiven Ausgaben mehr. Darum muß auch der

Weg der harten Sparsamkeit überall zu gehen.

Ich habe den Arbeitslosenunterstützung ins Auge gefaßt werden; lobende Arbeit, nicht Arbeitslosenunterstützung ist das Ziel.

Wie soll der Gesamtbedarf gedeckt werden, den ich für Reich, Einzelfaaten und Gemeinden mit rund 25 Milliarden Mark besitzen darf? In diesem Augenblick nur einige Angaben: Die laufenden finanziellen Reichseinnahmen vor dem Krieg betragen nicht ganz 2 Milliarden Mark, von 1913 bis 1918 sind während des Krieges an neuen laufenden Einnahmen erlöschenden wurden 4000 Millionen Mark. Hierzu treten an einmaligen Ausgaben der Krieges der Kriegesfinanzminister nicht zum Intrag in Höhe von 37 Milliarden Mark und die Kriegskosten für 1918 mit etwa 2 Milliarden Mark. Die neu vorliegenden Steuerentwürfe sollen dem Reich weitere 1200 Millionen laufende Einnahmen bringen, und ferner einmalige Einnahmen, die einer dauernden Zinsüberschuss von 600 Millionen Mark entsprechen. Es ist also noch die Summe von mehr als 10 Milliarden Mark zu decken.

Ein großer neuer Steuer

nützen sich im Finanzministerium gegen Arbeitslosigkeit und ich befürchte, ich noch von Beginn der Parlamentsferien dem Staat zu unterbreiten: die große einmalige Vermögensabgabe und die große Umstrukturierung. Wer auch, wenn diese Vorlagen unverändert angenommen werden, ist der Preis für den eigenen Bedarf noch nicht gedeckt. Die Summe für die Wiederanbahnungen muß auf andere Weise aufgebracht werden. Im Juli werden der Nationalversammlung neue Vorlagen vorgelegt mit dem Endziel, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen.

Die Steuerlast wird eine geradezu entsetzliche Höhe erreichen.

Meine Damen und Herren, wenn es auch nur ein magerer Trost ist, es ist doch immerhin ein solcher, wenn man im Blick behalten will, daß die Weisland, die uns nicht nur auf unserer Seite, sondern auch der Gegenseite (Gegensatz) längerer Aufstellungen über das ethische und

gehöte Vermögensabgabe sind die ersten einleitenden Schritte; andere werden folgen.

Der große Steuerjournale der Zukunft kann nur das einige Deutsche Reich sein, das in seiner Einheit und Geschlossenheit aus dem Kriegswirtschaftswandel zu retten, die vornehmste Aufgabe der jetzigen Regierung war und ist.

Die Erhaltung des Reiches war der Preis für die Unterzeichnung des entsetzlichen Pariser und Genfer Friedens. Dieses löbliche Gut müßte nicht, der deutsche Nationalstaat, muß leben und sich entwickeln können. Dazu braucht das Reich ein neues Entschieden der Steuerordnung. Drei Steuerablägern ist der deutsche Bürger gegenüber: Reich, Gliedstaat, Gemeinde. Vor dem Krieg erloß das Reich jährlich nicht ganz 2 Milliarden Steuern und Ausgaben, Einzelfaaten und Gemeinden etwa 3 Milliarden. Beim Friedensschlag ist das Mindestmaß der Einnahmen, das das Reich für eigene Bedürfnisse gebrauch: jährlich über 17 Milliarden. Die Einnahmen der Einzelfaaten und Gemeinden sind mit mindestens 6 Milliarden jährlich anzusetzen.

Der dies hier nur von dem Gesamteinkommen um 35 bis 40 Prozent für sich gebrauch, so jetzt mindestens 75 bis 75 Prozent. Die Einnahmen des Reiches müssen um 90 Prozent gesteigert werden, die der Einzelfaaten und Gemeinden um vielleicht 100 Prozent. Es muß eine Sache der sorgsamsten Überlegung und Abwägung sein, wie die Erhaltung der Gesamtheit der Steuern auf die verschiedenen öffentlichen Verbände zu verteilen sind. Viel eher als früher ist das finanzielle Verhältnis zwischen Reich und Gliedstaaten. Dem Reich und Einzelfaaten leben nach dem Friedensvertrag als gemeinsamem Verpflichtungen gegenüber. Eine ganz neue Konstellation des Verhältnisses der Reichs- und Staatssteuern ist nötig. Den ersten Schritt dazu ist die Verschärfung der Einkommensteuer, wobei in den Bestimmungen über die Zahlungsfähigkeit des Reichs auf dem Gebiete der Steuererhebung, negativ, indem sie die Beteiligungsverträge bezieht. Die Gesamtheit der Interessen von Reich, Gliedstaaten und Gemeinden wird es sich bringen, daß es eine einheitliche Steuerpolitik in Deutschland nicht mehr geben wird. Der deutsche Steuerzahler wird künftig keine Sorge mehr haben, auszurechnen, ob er mit Steuern billiger wegkommt, wenn er in Berlin, Braunschweig, Koblenz oder an anderen Orten wohnt.

Können wir den Arbeitsbedarf der Zukunft hinlänglich aufbringen? Der Bedarf des Reiches (soweit möglich) im:

a) Arbeitsbedarf, b) Wiederanbahnungen.

Die vorwichtigsten Jahresausgaben werden sich auf rund 17,5 Milliarden Mark belaufen.

Die Hauptsumme für die Wiederanbahnungen konnte trotz aller Bemühungen im Friedensvertrag nicht leicht gedeckt werden. Ich muß indes daran festhalten: wir müssen wissen, wie hoch die Gesamtsumme zur Zeit sein und die Gegenfrage, wie hoch die Jahresquote ist. In den kommenden Jahren werden wir Schwierigkeiten auszurufen und zu lösen, wie wir uns die Erfüllung unserer Verpflichtungen denken.

Angesichts dieser Verhältnisse wage ich kaum das Wort auszusprechen, mit dem ein Finanzminister aufstehen und zu Bett gehen muß, das Wort der Spararbeit. Ich bin sehr entsetzt, den

Weg der harten Sparsamkeit überall zu gehen. Darum habe ich schon die von meinem Herrn Finanzminister bereits vorbereitete Parole ausgesprochen, daß im Juli 1919 ab die neue Haushaltssatzung und Kriegslohn mehr gibt, daß die Kriegslohnwirtschaft aufhört und daß zur gedeckelten Staatswirtschaft zurückgekehrt werden muß. Der erste Schritt ist: keine unproduktiven Ausgaben mehr. Darum muß auch der

Die Reichssteuer hat die 72 Milliarden schwebende Schuld. Die Weltanschauung ist eine der dringlichsten Aufgaben für mich. Zwei Wege gibt es: den Weg der Unwissenheit, den ich nicht wählen will, und den Weg der Einbildung jenseitiger Kräfte, die ich durch die große Vermögensungleichheit, wobei ich mich keinem Zweifel hingabe, daß diese beiden Steuern zusammen nicht jenseit den gesamten Hülfen Betrag von 72 Milliarden decken können. Man ist nicht mehr Herr. Wer die diesen Satz befolgt. Sie sind nicht mein Herr. Wer die diesen Satz befolgt. Sie sind nicht mein Herr. Wer die diesen Satz befolgt. Sie sind nicht mein Herr.

Der weiter vorgelagte Entwurf eines Gesetzes über eine Kriegsschuld von Vermögenswerten wird schon in der Zeit vom 1. Januar 1919 im Reichstag 1918 ein-geleitet werden. Die Reichsversammlung soll die Kriegsschuld von Vermögenswerten über eine außerordentliche Kriegsschuld für das Reichsjahr 1918 vom 28. Juli 1918.

Während das Kriegsschuldengesetz für 1918 weiterhin die Entziehung einer Vermögensgabe für Einkommensteuern vorseheint, soll der Entwurf auf die normale Einkommensteuer abgestellt werden. Die Reichsversammlung soll die Kriegsschuld von Vermögenswerten über eine außerordentliche Kriegsschuld für das Reichsjahr 1918 vom 28. Juli 1918.

Die Höhe der Einkommensteuer, welche die Hauptbelastung darstellt, sind nach der Höhe des Verdienstverhältnisses und der Höhe des einzelnen Einkommens gestuft. Sie bewegen sich zwischen 4 und 20 Prozent in der ersten Klasse (Einkommen bis 1000 Mark) und in der letzten Klasse zwischen 15 und 20 Prozent. Die Einkommensteuer ist eine progressive Steuer. Die Einkommensteuer ist eine progressive Steuer.

Bei der Annahme der jetzigen Belastung wird es zu einer beträchtlichen Erhöhung der Einkommensteuer kommen. Die Einkommensteuer ist eine progressive Steuer. Die Einkommensteuer ist eine progressive Steuer.

Die Erhöhung der Einkommensteuer wird zu einer beträchtlichen Erhöhung der Einkommensteuer kommen. Die Einkommensteuer ist eine progressive Steuer. Die Einkommensteuer ist eine progressive Steuer.

Die Erhöhung der Einkommensteuer wird zu einer beträchtlichen Erhöhung der Einkommensteuer kommen. Die Einkommensteuer ist eine progressive Steuer. Die Einkommensteuer ist eine progressive Steuer.

Die Erhöhung der Einkommensteuer wird zu einer beträchtlichen Erhöhung der Einkommensteuer kommen. Die Einkommensteuer ist eine progressive Steuer. Die Einkommensteuer ist eine progressive Steuer.

Die Erhöhung der Einkommensteuer wird zu einer beträchtlichen Erhöhung der Einkommensteuer kommen. Die Einkommensteuer ist eine progressive Steuer. Die Einkommensteuer ist eine progressive Steuer.

Die Erhöhung der Einkommensteuer wird zu einer beträchtlichen Erhöhung der Einkommensteuer kommen. Die Einkommensteuer ist eine progressive Steuer. Die Einkommensteuer ist eine progressive Steuer.

lebende Aufwendungen, bei denen die Wohnung und die Höhe der Werte den geschätzlichen Zins des Theaters und Konsumverhältnisses entsprechen, eine steuerliche Bewertung verdienen. In diesem Sinne, daß der in der Presse von mandanten Seiten geäußerte Vorwurf der Unbilligkeit des Entwurfs, der die Einkommensteuer von Vermögenswerten als gerechtfertigt angesehen werden kann. Im übrigen findet sich jeder jene Steuererhöhung, die er selbst zu bezahlen hat.

Wachsender Widerstand gegen das Kaisergericht.

Rotterdam, 8. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus London: Gegen den ganzen Sinn, den früheren deutschen Kaiser vor Gericht in London erscheinen zu lassen, macht sich ein scharfer Widerstand geltend, der sich ebenso im Privatleben wie in der Presse zeigt. Der Widerstand ist, daß auch die Reichsregierung, die sich für die Verurteilung des Kaisers einsetzt, die Verurteilung des Kaisers einsetzt, die Verurteilung des Kaisers einsetzt.

Die Krise im preussischen Kabinett. Berlin, 8. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Die Krise, die innerhalb des preussischen Kabinetts durch die Haltung des Zentrums in der Schulfrage entstand, konnte bis zur Stunde noch keinerlei Lösung entgegengebracht werden. Die Krise im preussischen Kabinett, die Krise im preussischen Kabinett.

Ablehnung der Zentrumsforderungen? WTB. Berlin, 8. Juli. Die „Deutsche Wtg. Ztg.“ meldet: Heute nachmittag findet eine Sitzung des preussischen Staatsministeriums statt, in der erneut mit den Fraktionsführern über die Stellungnahme der Parteien zur Regelung der Schulfrage beraten wird. Die Ablehnung der Zentrumsforderungen, die Ablehnung der Zentrumsforderungen.

Der Berliner Bürgerrat an Noske. Vor katastrophalen Folgen des Verkehrs-Krisis. Berlin, 8. Juli. (Eig. Drahtnachricht.) Der Bürgerrat von Groß-Berlin richtete heute an den Reichswirtschaftsminister Noske folgende Telegramm: Der Berliner Bürgerrat an Noske, der Berliner Bürgerrat an Noske.

Der Berliner Bürgerrat an Noske. Vor katastrophalen Folgen des Verkehrs-Krisis. Berlin, 8. Juli. (Eig. Drahtnachricht.) Der Bürgerrat von Groß-Berlin richtete heute an den Reichswirtschaftsminister Noske folgende Telegramm: Der Berliner Bürgerrat an Noske, der Berliner Bürgerrat an Noske.

Der Berliner Bürgerrat an Noske. Vor katastrophalen Folgen des Verkehrs-Krisis. Berlin, 8. Juli. (Eig. Drahtnachricht.) Der Bürgerrat von Groß-Berlin richtete heute an den Reichswirtschaftsminister Noske folgende Telegramm: Der Berliner Bürgerrat an Noske, der Berliner Bürgerrat an Noske.

Der Berliner Bürgerrat an Noske. Vor katastrophalen Folgen des Verkehrs-Krisis. Berlin, 8. Juli. (Eig. Drahtnachricht.) Der Bürgerrat von Groß-Berlin richtete heute an den Reichswirtschaftsminister Noske folgende Telegramm: Der Berliner Bürgerrat an Noske, der Berliner Bürgerrat an Noske.

Der Berliner Bürgerrat an Noske. Vor katastrophalen Folgen des Verkehrs-Krisis. Berlin, 8. Juli. (Eig. Drahtnachricht.) Der Bürgerrat von Groß-Berlin richtete heute an den Reichswirtschaftsminister Noske folgende Telegramm: Der Berliner Bürgerrat an Noske, der Berliner Bürgerrat an Noske.

wie als Grundlage jeder Kultur. Das Wort: Wer nicht arbeitet soll auch nicht essen, muß der Grundgedanke der neuen deutschen Republik sein. Arbeit ist unsere Vaterlandsliebe. Nur eine Nation, die nicht arbeitet, ist nicht eine Nation, die nicht arbeitet. Die Welt hat uns der Krieg genommen. Die Welt hat uns der Krieg genommen.

Einem Vorschlag des Reichsausschusses entsprechend beschließt das Haus, daß von jeder Partei nur ein Redner je eine Stunde sprechen soll. Die Rede, die wir eben gehört haben, ist ein dantesker Versuch, die beispiellosen ungeheuerlichen finanzpolitischen Aufgaben, auf denen wir stehen, zu meistern. Sie hat nur einen großen Fehler, sie ist zu lang gehalten worden.

Die Krise im preussischen Kabinett. Berlin, 8. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Die Krise, die innerhalb des preussischen Kabinetts durch die Haltung des Zentrums in der Schulfrage entstand, konnte bis zur Stunde noch keinerlei Lösung entgegengebracht werden. Die Krise im preussischen Kabinett, die Krise im preussischen Kabinett.

Die Krise im preussischen Kabinett. Berlin, 8. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Die Krise, die innerhalb des preussischen Kabinetts durch die Haltung des Zentrums in der Schulfrage entstand, konnte bis zur Stunde noch keinerlei Lösung entgegengebracht werden. Die Krise im preussischen Kabinett, die Krise im preussischen Kabinett.

Die Krise im preussischen Kabinett. Berlin, 8. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Die Krise, die innerhalb des preussischen Kabinetts durch die Haltung des Zentrums in der Schulfrage entstand, konnte bis zur Stunde noch keinerlei Lösung entgegengebracht werden. Die Krise im preussischen Kabinett, die Krise im preussischen Kabinett.

Die Krise im preussischen Kabinett. Berlin, 8. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Die Krise, die innerhalb des preussischen Kabinetts durch die Haltung des Zentrums in der Schulfrage entstand, konnte bis zur Stunde noch keinerlei Lösung entgegengebracht werden. Die Krise im preussischen Kabinett, die Krise im preussischen Kabinett.

Die Krise im preussischen Kabinett. Berlin, 8. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Die Krise, die innerhalb des preussischen Kabinetts durch die Haltung des Zentrums in der Schulfrage entstand, konnte bis zur Stunde noch keinerlei Lösung entgegengebracht werden. Die Krise im preussischen Kabinett, die Krise im preussischen Kabinett.

Die Krise im preussischen Kabinett. Berlin, 8. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Die Krise, die innerhalb des preussischen Kabinetts durch die Haltung des Zentrums in der Schulfrage entstand, konnte bis zur Stunde noch keinerlei Lösung entgegengebracht werden. Die Krise im preussischen Kabinett, die Krise im preussischen Kabinett.

Die Krise im preussischen Kabinett. Berlin, 8. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Die Krise, die innerhalb des preussischen Kabinetts durch die Haltung des Zentrums in der Schulfrage entstand, konnte bis zur Stunde noch keinerlei Lösung entgegengebracht werden. Die Krise im preussischen Kabinett, die Krise im preussischen Kabinett.

Die Krise im preussischen Kabinett. Berlin, 8. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Die Krise, die innerhalb des preussischen Kabinetts durch die Haltung des Zentrums in der Schulfrage entstand, konnte bis zur Stunde noch keinerlei Lösung entgegengebracht werden. Die Krise im preussischen Kabinett, die Krise im preussischen Kabinett.

Die Krise im preussischen Kabinett. Berlin, 8. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Die Krise, die innerhalb des preussischen Kabinetts durch die Haltung des Zentrums in der Schulfrage entstand, konnte bis zur Stunde noch keinerlei Lösung entgegengebracht werden. Die Krise im preussischen Kabinett, die Krise im preussischen Kabinett.

Die Krise im preussischen Kabinett. Berlin, 8. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Die Krise, die innerhalb des preussischen Kabinetts durch die Haltung des Zentrums in der Schulfrage entstand, konnte bis zur Stunde noch keinerlei Lösung entgegengebracht werden. Die Krise im preussischen Kabinett, die Krise im preussischen Kabinett.

Waffen... man weiß, was es tragen soll, damit es sich dazu einstellen kann.

Indem man weiß, was es tragen soll, damit es sich dazu einstellen kann. (Näher bei den Gg.) Der Reichsfinanzminister hat sich...

Die Vorgänge in Fiume. Sieben Franzosen getötet. WTB Bern, 8. Juli. (Drabandnachricht.) Nach einem Bericht des "Corriere della Sera" wurden am Sonnabend bei den Zusammenstößen in Fiume sieben Franzosen auf offener Straße nach heftiger Gegenwehr niedergemetzelt.

Die Vorgänge in Fiume. Sieben Franzosen getötet. WTB Bern, 8. Juli. (Drabandnachricht.) Nach einem Bericht des "Corriere della Sera" wurden am Sonnabend bei den Zusammenstößen in Fiume sieben Franzosen auf offener Straße nach heftiger Gegenwehr niedergemetzelt.

Prennische Landesversammlung. WTB Berlin, 8. Juli. Vizepräsident Frenzel eröffnet die Sitzung um 11 Uhr. In der Verhandlung über die Angelegenheiten der Gewerkschaften gegen die Unabhängigen zurückgekehrt.

Deutsches Reich. Bauers neue Hebe. WTB Weimar, 8. Juli. Die für Donnerstag ermarteten programmatischen Erklärungen des Ministerpräsidenten Bauer und des Reichsministers des Landwirtschaftlichen werden...

Eine neue polnische Schandtat. WTB Berlin, 8. Juli. (Drabandnachricht.) Die polnische Wehrmachtungskommission hat am 8. Juli ein Geheiß gegeben...

WTB Weimar, 8. Juli. Ein interfraktioneller Beamtenauschuss der Nationalversammlung bildet sich heute in Liebererbestimmung mit den Fraktionen. In der Aussprache einigte man sich zunächst dahin, dass es der Zeit noch zu früh sei...

Ein interfraktioneller Beamtenauschuss.

WTB Weimar, 8. Juli. Ein interfraktioneller Beamtenauschuss der Nationalversammlung bildet sich heute in Liebererbestimmung mit den Fraktionen. In der Aussprache einigte man sich zunächst dahin...

Die revolutionäre Bewegung in Italien. Der Generalstreik aufs neue erklärt. WTB Bern, 8. Juli. (Drabandnachricht.) Die Verhandlungen über die Herabsetzung der Lebensmittelpreise haben in Italien den erwarteten Erfolg nicht gehabt.

Deutsches Reich.

Bauers neue Hebe. WTB Weimar, 8. Juli. Die für Donnerstag ermarteten programmatischen Erklärungen des Ministerpräsidenten Bauer und des Reichsministers des Landwirtschaftlichen werden...

Ein Aufruf des Berliner Bürgerrats gegen den Straßenbahnverkehr.

Der Bürgerrat von Groß-Berlin erlässt an die Bevölkerung folgenden Aufruf, der an sämtlichen Anschlagstufen Berlins erscheinen ist: Berliner! Durch rechtsverbindlich abgeschlossenen Vertrag ist das Anstellungsverhältnis...

wir protestieren nicht nur, sondern wir fordern die Verwaltung der Bahnen auf, den Streikenden ein Ultimatum zu stellen mit der Maßgabe, dass wenn es nicht binnen einer Woche...

Halle und Umgegend.

Zuschüsse für Dachgeföhhausbauten. Das städtische Wohnungsamt macht darauf aufmerksam, dass Anträge auf Gewährung von Zuschüssen zu Dachgeföhhausbauten von Seiten der Hausbesitzer...

Die städtischen Einfamilienhäuser auf dem Köpfling sind jetzt Gegenstand von Bewerbungsverfahren, die täglich in sehr großer Zahl beim städtischen Wohnungsamt eingehen...

Der Einheitsverband der kaufmännischen Angestellten, wie ihn gelegentlich seines 60-jährigen Bestehens im Juli 1918 der Kaufmännische Verein von 1858 in Hamburg angetragt hatte, bildete den Verhandlungsgegenstand einer Beschlussung in der Bezirksgruppe...

Die Streitabstimmung in Hamburger Bezirk. WTB Hamburg, 8. Juli. Die Abstimmung der Beamten- und Arbeiterseite des Eisenbahnbetriebs Hamburg-Wilhelmsburg ergab vorläufig 6629 Stimmen für und 4392 Stimmen gegen die Streitaufnahme...

Belagerungszustand über Hannover. WTB Hannover, 8. Juli. Ueber Hannover ist vom kommandierenden General der Belagerungszustand verhängt worden.

Im Bekreren Halle-Umgebung wurde zunächst bekannt gegeben, dass die Vertreterversammlung und die Vorstandsschab der Bezirksvereinigung Hildesheim am 12. d. M. 11 Uhr im "Roten Hof" stattfand und dass am 2. und 3. d. M. eine Landesversammlung des N. Pr. L. in Halle seinen wird...

Der stenographische Bericht über die Aufhebung der Ortschulhaftigkeit...

Provinzial-Nachrichten.

Leipzig, 8. Juli. (Leipzig - Eisenbahn) Die Eisenbahn...

Delandine, 8. Juli. (Zum Streit um den Stadter) Kürzlich wurde gemeldet...

Wagdeburg, 8. Juli. (Wiedergebundene) Am 1. November v. J. wurde im Postamt zu Burg...

Eisenach, 8. Juli. (Vermehrung der Schutzmannschaft) Der Gemeinderat beschloß im Hinblick...

Kunst und Wissenschaft.

Professor Deussen 7.

WTB. Berlin, 8. Juli. Frau „Wolff, Jg.“ ist gestern in Kiel...

Vermischtes.

Durch eine leichthinige Wette das Leben verloren. Der 24jährige Arbeiter Max Geisler...

Ein freilebendes Gefesselter bereitet dem Vorsitzenden des Schwurgerichts...

Die enttönte Venus von Milo. Der goldene, mit Zmwelen besetzte...

Vollständiger Kunsterwerb. Das Volkswirtschaftliche Amt für Unterricht...

war eines von diesen Wesen, die nur die Mähe hatten, geboren zu werden...

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Entgangene ausländische Lokomotivaufträge.

Eine drückende Illustration der schweren Nachteile, die vermehrten Zustände in Deutschland...

Börsenstimmungsbericht.

Berlin, 8. Juli. Die bereits gestern hervorgetretenen Preisrückgänge haben sich heute im Börsenverkehr...

Devisenkurs.

Die amtlichen Notierungen für telegraphische Wechselkurse stellen sich an der heutigen Börse...

Table with columns for location (New York, London, etc.), gold price, and silver price.

Table with columns for location (Konstantinopel, Spanien, etc.) and Deutsche Mark price.

Produktionsbericht.

Berlin, 8. Juli. Im freien Warenverkehr verlor sich die Zurückhaltung der Käufer...

Herabsetzung des Marktkurses. Wie aus Submissionsgenelbe wird...

Eine abgelehnte Milliarde. Der fürstliche Handel-Donnarsmarschalls Vermögensverwaltung...

Die höchsten Werte des Jahres. In Berlin weisen für das Jahr 1918...

Stellen-Solinger Werte vom 5. Früher Güthe, A.G. in Eisen...

(57 885 Mt.) vorgezogen. Im Vorjahr wurden noch 118 000 Mt...

U.G. Rättings Elektrizitätswerte in Berlin. Die Verwaltung...

Die böhmischen Braunkohlewerte erhöhen auf Grund von Rohförberungen...

Steigerung oberösterreichischer Kohlen nach Deutsch-Oesterreich. Nach Wiener Meldungen...

Saarländisches Süttenerwerk Reich Neumeier u.G. in Nürnberg. Die Gesellschaft...

Aus dem Westeregen-Konzern. Zwischen den Belegschaften der Kaiserwerke...

Gewerkschaft Christoph Friedrich. Die zum Konzern der Berchtesgaden-Weihenstepfer Braunkohlenwerke...

J. Brüning u. Sohn u.G. (Schwabenfabrik) in Berlin. Die Dividende...

Motorenfabrik Oberleitner Aktien-Gesellschaft. Der Aufsichtsrat...

Neue Fruchtflöhe auf der Elbe. Die Elbefruchtflöhe wurden nach einer Hamburger...

Berliner Börse

vom 8. Juli 1919

(Telegramm.)

Large table listing various stock and bond prices, including Eisenbahn-Aktionen, Schiffahrts-Aktionen, Bank-Aktionen, and Industrie-Aktionen.

L. Schönlicht, Bankgeschäft, Poststrasse 4.

Verantwortlich für den amtlichen Teil: Carl Helms; für den amtlichen Teil...